

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe
der PDS/Linke Liste
— Drucksache 12/1734 —

Finanzierung der „Jungen Witikonen“ aus Bundesmitteln

Laut Auskunft der Bundesregierung (Drucksache 12/1636) wurden aus Bundesmitteln 1274 DM für folgende Veranstaltung gezahlt: Vom 24. bis 26. Oktober 1986 führten die „Jungen Witikonen“ eine „Jugendtagung des Witikobundes“ in der Bildungsstätte der Sudetendeutschen Landsmannschaft „Heiligenhof“ zum Thema „Zeitgeschichte und deutsche Selbstbehauptung“ durch. Leiter dieser Veranstaltung waren die Herren Dr. Alfons Hueber (1971 bis 1973 Bundesvorsitzender der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“, ab 1985 im Beirat der „Gesellschaft für freie Publizistik“) und Bernd Kallina (1973 Presse-referent im Bundesvorstand der Jungen Nationaldemokraten).

Auf dieser Tagung referierten u. a.:

- Prof. Dr. Hellmut Diwald zum Thema „Geschichtsbewußtsein als Voraussetzung deutscher und sudetendeutscher Selbstbehauptung“,
- Dr. Alfred Schickel, Initiator und Leiter der „Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt“ (ZFI), zum Thema „Probleme deutscher und sudetendeutscher Zeitgeschichtsschreibung“,
- Hans Wahls, Mitarbeiter in der ZFI und Autor in „Europa“,
- Dr. Alfred Jüttner zum Thema „Grundgesetz und gesamtdeutsche Bewußtseinsbildung“,
- Andreas Mölzer, Autor in zahlreichen rechtsextremen Publikationsorganen, zum Thema „Sudetenland, Österreich und die deutsche Nation“. Mölzer tritt für den Anschluß Österreichs an die Bundesrepublik Deutschland ein (siehe dazu Herde/Stolze, Die Sudetendeutsche Landsmannschaft, Köln 1987, S. 138ff.).

Da laut oben erwähnter Antwort (Drucksache 12/1636) der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Gemeinsame deutschlandpolitische Seminare der ‚Jungen Witikonen‘ und des ‚Nationaleuropäischen Jugendwerkes‘“ (Drucksache 12/1382) eine ganze Reihe von Veranstaltungen der „Jungen Witikonen“ aus Bundesmitteln unterstützt wurden, u. a. auch solche, zu denen Zeitungen wie die „DESG-inform“, ist zu klären, welche weiteren Seminare von Rechtsextremisten genutzt werden konnten.

1. Wer leitete die folgenden aus Bundesmitteln geförderten Seminare/ Kulturpolitischen Tagungen der „Jungen Witikonen“, wer referierte dort, und unter welchem Motto standen sie:

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministers des Innern vom 30. Dezember 1991 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

- a) Kulturpolitische Tagung vom 21. bis 23. Januar 1983,
- b) Kulturpolitische Tagung vom 20. bis 22. Januar 1984,
- c) Kulturpolitische Tagung vom 11. bis 13. Januar 1985 und das Kulturpolitische Rahmenprogramm,
- d) Kulturpolitische Tagung vom 10. bis 12. Januar 1986,
- e) Kulturpolitische Tagung vom 24. bis 26. Oktober 1986,
- f) Kulturpolitische Tagung vom 9. bis 11. Januar 1987 in Bad Kissingen,
- g) Kulturpolitische Tagung vom 8. bis 10. Januar 1988,
- h) Tagung der „Jungen Witikonen“ vom 18. November 1988,
- i) Kulturpolitische Tagung vom 13. bis 15. Januar 1989 in Waldkraiburg,
- j) Wochenendseminar „Junge Witikonen“ vom 26. bis 28. Mai 1989,
- k) Kulturpolitische Tagung vom 23. bis 25. März 1990 in Uffenheim,
- l) Seminar „Junge Witikonen“ vom 29. Juni bis 1. Juli 1990 in Bad Kissingen,
- m) Kulturpolitische Tagung vom 11. bis 13. Januar 1991 in Bensheim,
- n) Kulturtagung der „Jungen Witikonen“ vom 5. bis 7. Juli 1991 in Vlotho/Collegium Humanum,
- o) Jahrestreffen des Witikobundes vom 4. bis 6. Oktober 1991 in Bensheim?

Die Bundesregierung verweist auf die Vorbemerkung in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe der PDS/Linke Liste gemäß Drucksache 12/1636, wonach die „Jungen Witikonen“ gegenwärtig keine Anhaltspunkte für das Vorliegen von Bestrebungen im Sinne der §§ 3, 4 Bundesverfassungsschutzgesetz bieten. Sie macht ferner darauf aufmerksam, daß Antragsteller und Zahlungsempfänger der Förderungsmittel gemäß § 96 BVFG der Witikobund e.V. war, nicht die „Jungen Witikonen“.

Die Bundesregierung sieht sich im Hinblick auf Persönlichkeitsschutzinteressen nicht veranlaßt, die in der Frage gewünschten personenbezogenen Daten im Rahmen der Antwort auf eine Kleine Anfrage zu veröffentlichen. Sie beschränkt sich deshalb darauf, in der Antwort – anhand ihrer Unterlagen – lediglich das Motto der in der Frage zu 1 unter den Buchstaben a bis o genannten Veranstaltungen mitzuteilen:

Zu a): „Deutsche, Tschechen und Slowaken“.

Zu b): Motto unbekannt.

Zu c): „Partnerschaft trotz Vertreibung“.

Zu d): „Substanzerhaltung der Volksgruppen“.

Zu e): „Zeitgeschichte und deutsche Selbstbehauptung“.

Zu f): Ohne Motto.

Zu g): „Sudetenland und Schlesien“.

Zu h): „Zukunftsaspekte der deutschen und sudetendeutschen Frage“.

Zu i) Die Bundesregierung kann sich z. Z. nicht äußern, weil die und j): entsprechenden Unterlagen wegen der Kürze der Beant-

wortungszeit nicht rechtzeitig beigezogen werden konnten.

Zu k): Ohne Motto.

Zu l): „West- und Mitteldeutschland nach der Vereinigung“.

Zu m): „Friedlich in das Sudetengebiet zurückkehren“.

Zu n): „Das neue Deutschland und der Osten“.

Zu o): „Beitrag der Deutschen zur Neuordnung Europas“.

2. Stuft die Bundesregierung die politische Tätigkeit des Dr. Walter Staffa als rechtsextrem ein, und wenn ja, welche Kenntnisse liegen ihr darüber vor?

Von etwaigen rechtsextremistischen Aktivitäten des Dr. Walter Staffa hat die Bundesregierung keine Kenntnis.

3. Stuft die Bundesregierung die politische und publizistische Tätigkeit des Prof. Bernhard Willms als rechtsextrem ein, und wenn ja, welche Kenntnisse liegen ihr darüber vor?

Über eine Mitgliedschaft des verstorbenen Professors Bernhard Willms in einer rechtsextremistischen Organisation ist der Bundesregierung nichts bekannt. Ausreichende Anhaltspunkte für Bestrebungen des Professors Bernhard Willms zu Lebzeiten im Sinne der §§ 3, 4 Bundesverfassungsschutzgesetz liegen nicht vor.

4. Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, ob Prof. Willms bei rechtsextremen Organisationen referiert hat, und wenn ja, bei welchen (bitte detailliert nach Organisationen und Jahren aufschlüsseln)?

Professor Willms hatte nach Kenntnis der Bundesregierung an zwei Veranstaltungen einer rechtsextremistischen Vereinigung als Redner teilgenommen.

1985 veröffentlichte das damalige Organ des rechtsextremistischen „Nationaldemokratischen Hochschulbundes“ (NHB) in der Ausgabe 1/85 ein Interview mit Professor Willms.

5. Ist der Bundesregierung bekannt, daß Dr. Walther Staffa und Prof. Bernhard Willms auf der „Herbsttagung der Jungen Witikonen“ vom 11. bis 13. November 1983 referiert haben?

Nein.

6. Stuft die Bundesregierung die politische Tätigkeit des Toni Herget als rechtsextrem ein, und wenn ja, welche Kenntnisse liegen ihr darüber vor?

Die Bundesregierung hat von etwaigen rechtsextremistischen Aktivitäten eines Toni Herget keine Kenntnis.

7. Ist der Bundesregierung bekannt, daß Toni Herget auf der „Herbsttagung der Jungen Witikonen“ vom 23. bis 25. November 1984 referiert hat?

Nein.